

### **Volksentscheid – mit mehr Demokratie zu weniger sozialer Gerechtigkeit**

Die GEW hat sich in Hamburg für eine direkte Demokratie stark gemacht, die mit der Einführung der Volksgesetzgebung möglich wurde. Als positiv wurde vor allem gesehen, wie eine größere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Einzelfragen zu erreichen ist. Eben nicht nur alle Jahre ein Kreuz bei einer Partei oder Person mit einem Programm zu machen, deren Aussagen allgemein bleiben und, wie die Praxis zeigt, von den Herausgebern selbst schnell relativiert werden, sondern mitentscheiden zu können über die Dinge, die „vor der Tür liegen“.

So haben sich die Gewerkschaften und auch die GEW insbesondere an den großen Initiativen gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, der Wasserwerke und der beruflichen Schulen in Hamburg beteiligt und sich an den Schule und Bildung betreffenden Initiativen wie KITA, eine Schule für Alle und jetzt für die Primarschule beteiligt.

Bitter ist dabei, dass gerade Ole von Beust den erfolgreichen Initiativen gegen die Privatisierung die Verbindlichkeit abgesprochen und damit das Ergebnis „kassiert“ hat. Dies führte dazu, dass viele vorerst engagierte Bürgerinnen und Bürger nur noch müde abwinkten, wenn man mit der Unterschriftenliste um Zustimmung bat. Und auch die Aktivisten hatten viel Energie in Initiativen gesteckt, die dann um ihren Preis beraubt wurden. Erst durch den erfolgreichen Volksentscheid zur Verbindlichkeit von Volksentscheiden hatte sich die Situation in Hamburg geändert. Mit dem Koalitionspartner GAL haben sich die CDU und Ole von Beust verpflichtet, künftig Volksabstimmungsergebnisse anzuerkennen.

Die Volksinitiative mit dem Namen „Wir wollen lernen“ etablierte sich, um die von CDU und GAL geplante 6-jährige Primarschule zu verhindern. Ihr ging es darum, das Gymnasium in seiner bisherigen Form nicht anzutasten und die soziale Spaltung, die in Hamburg hoch ist und durch das Schulsystem weiter fortgeschrieben wird, zu belassen. Die Initiatoren, an der Spitze Rechtsanwalt Walter Scheuerl, kommen aus den reicheren Stadtteilen Hamburgs, die für ihre Kinder weiterhin Bildungsprivilegien nutzen wollten. Sie konnten mit viel Geld und der Springerpresse ihre Anhänger mobilisieren und damit zu diesem Erfolg kommen. Die ärmeren und bildungsferneren Stadtteile nahmen nur in geringem Maße überhaupt an dieser Abstimmung teil. Für sie ist eine Briefwahl fremd, viele sind nicht abstimmungsberechtigt, mit Migrationshintergrund, viele haben sich überhaupt von der Politik verabschiedet und haben keine Hoffnung, dass eine Wahl etwas bringt.

So muss Hamburg nun mit dem Ergebnis leben, dass die Reichen über die Armen gesiegt haben. Bildungsarmut ist mit materieller Armut eng verbunden. Das Ergebnis wirkt fast unanständig in dieser weltoffenen Stadt.

Direkte Demokratie braucht aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger, damit sie fair genutzt werden kann. Die in der Stadt entscheidenden Medien haben eine Kampagne zugunsten der Neinsager gemacht, die beispiellos ist. Die Initiatoren hatten große Geldmittel zur Verfügung, um gegen alles und jeden zu klagen, der sich ihnen in den Weg stellte. Damit fährt sie jetzt fort. Volksinitiativen müssen ihre Finanzen offen legen wie Parteien. Sie benötigten eine Grenze von Geldmitteln, die eingesetzt werden dürfen, damit es fair zugeht.

Die größte Gruppe ist auch in Hamburg die der Nichtwähler. Möchte man daran wirklich etwas ändern, müssen sich Politiker und Verantwortliche ernsthaft dieser Frage annehmen.

**Sigrid Strauß** ist Stellvertretende Vorsitzende des GEW Landesverbandes Hamburg

**Kontakt::** [strauss@gew-hamburg.de](mailto:strauss@gew-hamburg.de)